

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

In der Diskussion: der Standort Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1988) : In der Diskussion: der Standort Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 3, pp. 114-115

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136372>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

In der Diskussion: Der Standort Bundesrepublik



Otto G. Mayer

Der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland ist seit kurzem ins Gerede gekommen. Im internationalen Wettbewerb um die günstigsten Bedingungen sei er weit zurückgefallen. Die Arbeitskosten in der Bundesrepublik zählten zu den höchsten der Welt. Die Energiepreise seien besonders hoch, die Kommunikations- und sonstigen Dienstleistungen seien sehr teuer, nicht zu reden davon, daß die Gewinne der deutschen Unternehmen höheren Steuersätzen als sonstwo unterworfen seien und sie mit dem Konstrukt der Gewerbesteuer eine besondere Bürde zu tragen haben. Kein Wunder also, daß die mangelnde Dynamik der Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik allgemein, aber auch der zunehmende Überschuß deutscher Direktinvestitionen im Ausland über die Investitionen ausländischer Unternehmen in der Bundesrepublik als Hinweis für eine mangelnde Attraktivität der Bundesrepublik Deutschland als Investitionsstandort genommen werden.

Nun sind weder das relativ hohe Niveau der Arbeitskosten noch das Steuersystem, weder die Organisation der Dienstleistungs- oder der Energiemärkte so neue Erscheinungen, als daß sie erst jetzt eine Diskussion über eine mögliche internationale „Konkurrenz der Systeme“ rechtfertigten. Auch ist die Bundesrepublik, was die Direktinvestitionen betrifft, schon seit Mitte der 70er Jahre Nettoexporteur von Kapital.

Gerade die Entwicklung der Direktinvestitionsströme verweist darauf, daß vielleicht weniger ein internationaler Standortwettbewerb der Anlaß für die aktuelle Debatte ist, sondern mehr die jüngste Wechselkursentwicklung. Diese hat nämlich eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Entscheidung der Unternehmen, ausländische Märkte entweder direkt durch Exporte oder durch Unternehmen zu bedienen, die ihren Standort in diesen Märkten haben. Der Höhenflug des US-Dollars in der ersten Hälfte der 80er Jahre beispielsweise dürfte den Anreiz, Direktinvestitionen in den USA zu tätigen anstelle des direkten Exports von Gütern, relativ gemildert haben, worauf auch die Entwicklung der deutschen Exporte in die USA in diesen Jahren hinweist. Seit der Kehrtwende in der Entwicklung des Kurses zwischen Dollar und D-Mark im Frühjahr 1985 ist jedoch der reale Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar um über 80% gestiegen. Schon von daher ist nicht verwunderlich, wenn die deutschen Auslandsinvestitionen – unabhängig von sonstigen Standortbedingungen – relativ zu- und die Investitionen von ausländischen Unternehmen in der Bundesrepublik abnehmen.

Daß der starke Umschwung in der Wechselkursentwicklung angesichts der starken Exportorientierung der deutschen Industrie zunehmende „Schleifspuren“ hinterläßt, war auch zu erwarten, zumal deutsche Unternehmen nun zunehmend unter Preisdruck geraten, der schwerlich noch durch Hinnahme einer weiteren Verminderung der Gewinnmargen „aufgefangen“ werden kann. Zum Teil ist jetzt die Abkehr von einer Struktur zu beobachten, die seit Beginn der 80er Jahre aufgebaut worden ist. So wird im jüngsten HWWA-Strukturbericht vermerkt, daß die reale DM-Abwertung zwischen 1979 und 1985 die Produktion der verarbeitenden Industrie nicht nur kräftig gefördert hat, sondern in zweifacher Weise den Strukturwandel beeinflußt hat: Einmal dürfte diese außenwirtschaftliche Entwicklung entscheidend dazu

beitragen haben, daß der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttosozialprodukt sich bei rund 34% stabilisierte, nachdem er in den 70er Jahren noch kräftig gefallen war. Zum anderen hatte die Abwertung in erster Linie jenen Branchen genutzt, deren Produkte sich im internationalen Wettbewerb überwiegend durch den Preis behaupten müssen.

Mit Umkehrung der Wechselkursentwicklung muß denn auch mit dem umgekehrten Struktureffekt gerechnet werden. Nunmehr ist zu erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Industrie eher abnimmt und jene Branchen sich relativ behaupten, in denen vor allem nicht-preisliche Faktoren die internationale Wettbewerbsfähigkeit bestimmen; oder anders: die Branchen, die in den letzten Jahren besonders von der DM-Abwertung profitierten, geraten heute auch am stärksten unter Druck. Hinzu kommt generell, daß der Welthandel insgesamt sich nicht gerade stürmisch entwickelt, wodurch die deutsche Industrie zusätzlich betroffen ist, weil ihre Exportstruktur relativ schwach auf überdurchschnittlich wachsende Märkte ausgerichtet ist.

All dieses stützt die These, wonach sich weniger die grundlegenden Standortbedingungen gewandelt haben, diese nur um so mehr ins Visier geraten, wenn die außenwirtschaftliche Entwicklung, also die Entwicklung des DM-Wechselkurses, verstärkt Anpassungsprozesse erzwingt. Dann werden auch, aber nicht nur, die Kosten für den Faktor Arbeit besonders spürbar, insbesondere in den Branchen mit relativ geringen Produktivitätsfortschritten, und es machen sich all die institutionellen und gesetzlichen Rigiditäten besonders bemerkbar, die einer rascheren und wirksameren Anpassung entgegenstehen. Und nicht zuletzt stellen die Unternehmen fest, daß sie bei all diesen Schwierigkeiten auch noch im Vergleich zu den ausländischen Wettbewerbern höhere Steuern zu zahlen haben.

Internationale Vergleiche sind aber mit Vorsicht zu ziehen. Selbstverständlich hat beispielsweise die Bundesrepublik mit das höchste Lohnniveau in der Welt. Gleichzeitig wird hier aber auch eine höhere Arbeitsproduktivität als in den meisten anderen Ländern erwirtschaftet. Ein einfaches Umrechnen über den Wechselkurs kann daher nicht belegen, ob die deutschen Löhne im internationalen Vergleich zu hoch oder zu niedrig sind, zumal der Wechselkurs selbst schon Resultat von unterschiedlichen Kosten- und damit auch Lohnentwicklungen ist. Gerade in einem System prinzipiell flexibler Wechselkurse wirkt das Lohnniveau nicht direkt auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, da über den Wechselkurs teilweise kompensierende Effekte ausgelöst werden.

Auch das Steuerargument muß differenzierter gesehen werden. Eine zu erwartende hohe Steuerlast dürfte schon die Neigung zu risikobehafteten Investitionen beeinträchtigen. Inländische Anleger aber, die – bei gleicher Rendite vor Steuern im In- und Ausland – der heimischen Steuerbelastung entfliehen wollen, müssen – unabhängig von Wechselkurseffekten, die einem solchen Trend auf breiterer Front entgegenwirken würden – bedenken, daß sie dieser nur entgehen, wenn sie ihre Einkünfte dauernd im Ausland reinvestieren oder selbst ihren Wohnsitz verlagern.

Das eigentliche Problem besteht freilich weniger darin, wie die Bundesrepublik bei mehr oder weniger eklektischen Vergleichen mit dem Ausland hier und heute abschneidet. Wichtiger wäre es, die andauernden Bedingungen anzugehen, die unabhängig von dem Auf und Ab der Wechselkurse verhindern, daß in der Bundesrepublik die Ersparnis nicht in erwünschter Höhe von rentablen Investitionsprojekten im Inland absorbiert werden kann; daß für die Unternehmen durch tarifliche und legislative Regelungen der Spielraum zunehmend enger geworden ist, den sie für Anpassungen benötigen, aber auch, um durch Produkt- und Prozeßinnovationen Vorsprünge gegenüber ausländischen Konkurrenten zu erzielen, die eine Vermehrung des Wohlstandes durch Reallohnsteigerungen oder Arbeitszeitverkürzungen erlauben; daß die Chancen, die ein verstärkter Strukturwandel eröffnet, nicht wahrgenommen werden können; usw. Es wird kaum verwundern, daß die oben genannten Faktoren hierbei eine große Rolle spielen. Sie sind aber alle leider kaum so jungen Datums, wie man angesichts der gegenwärtigen Diskussion vermuten könnte. Es wäre schön, wenn die Ordnungspolitik, die letztlich den Kern dieser Debatte bildet, nicht nur in schwierigeren Zeiten stärker in den Vordergrund rückte.